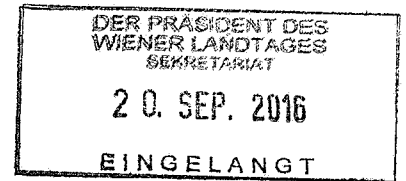


INITIATIVANTRAG



gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung

der Landtagsabgeordneten Erich VALENTIN, Mag. Josef Taucher, Ernst Holzmann, Mag^a Nina Abrahamczik (SPÖ) sowie Drⁱⁿ Jennifer Kickert und David Ellenson (Grüne)

betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz betreffend den Abschluss und die Vermittlung von Wetten (Wiener Wettengesetz), LGBl. Nr. 26/2016, geändert wird:

Begründung:

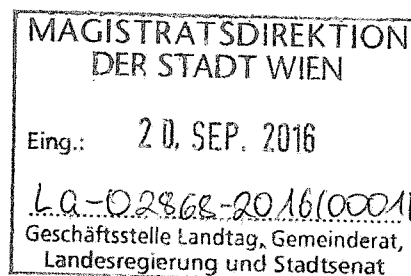
Zur effizienten Vollziehung des Wiener Wettengesetzes ist es notwendig, dass einige Klarstellungen und Änderungen vorgenommen werden.

Es soll dabei unter anderem eine ausdrückliche Bestimmung eingeführt werden, wonach ohne Vorankündigung Probewetten durchgeführt werden können.

Für Übertretungen des Wiener Wettengesetzes, denen ein besonders hoher Unrechtsgehalt immanent ist, wird den Prinzipien der General- und Spezialprävention Rechnung tragend, eine Mindeststrafe von € 2.200,-- (das sind 10 % der Höchststrafe) festgelegt.

Es wird klargestellt, dass alle für verfallen erklärte Wettterminals zu vernichten sind. Zudem wurde eine Kompetenzbereinigung durchgeführt.

Die übrigen Änderungen betreffen Verfahrensvorschriften über die beizubringenden Gutachten und über die Erlassung von Bescheiden bei behördlichen Zwangsmaßnahmen.



Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung und § 30b der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

INITIATIVANTRAG

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über den Abschluss und die Vermittlung von Wetten, LGBl. Nr. 26/2016, geändert wird, wird zum Beschluss erhoben.

Wien, am 16. September 2016

Beilage: Gesetzesentwurf

Mag. Josef Tauder *[Signature]*

[Signature] *[Signature]* *Marie Melani*
[Signature]

ENTWURF

Jahrgang 2016

Ausgegeben am xx. xxxxxxxx 2016

xx. Gesetz: Wiener Wettengesetz; Änderung

Gesetz, mit dem das Gesetz über den Abschluss und die Vermittlung von Wetten (Wiener Wettengesetz) geändert wird

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Gesetz über den Abschluss und die Vermittlung von Wetten (Wiener Wettengesetz), LGBl. Nr. 26/2016, wird wie folgt geändert:

1. *In § 10 Abs. 2 wird das Zitat „§ 13 Abs. 3 und 4“ durch das Zitat „§ 13 Abs. 2 bis 5“ ersetzt.*
2. *In § 14 Abs. 2 lit. c wird das Zitat „§ 13 Abs. 3 und 4“ durch das Zitat „§ 13 Abs. 2 bis 5“ ersetzt.*
3. *§ 22 Abs. 2 entfällt.*
4. *Dem § 23 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:*

„Die behördlichen Organe sind befugt, auch ohne Vorankündigung Wetten an Wettterminals zur Feststellung der Einhaltung der Bestimmungen des § 13 Abs. 2 bis 5 durchzuführen.“
5. *In § 23 Abs. 2 1. Satz wird nach der Wortfolge „Beschlagnahme der Wettterminals“ die Wortfolge „der an diesen angeschlossenen technischen Geräte, Wettscheine, elektronische Wettbücher“ eingefügt.*
6. *In § 23 Abs. 5 wird im ersten Satz nach der Wortfolge „Verfügungen nach Abs. 2“ die Wortfolge „und Abs. 3“ eingefügt und die Wortfolge „drei Tagen“ wird durch die Wortfolge „eines Monats“ ersetzt.*
7. *§ 23 Abs. 5 2. Satz lautet:*

„Der Bescheid gilt auch dann als erlassen, wenn er gemäß § 19 des Zustellgesetzes wegen Unzustellbarkeit an die Behörde zurückgestellt worden ist.“
8. *§ 23 Abs. 6 lautet:*

„Die Beschwerde beim Verwaltungsgericht gegen einen Bescheid gemäß Abs. 2 oder 3 hat keine aufschiebende Wirkung.“
9. *In § 24 Abs. 2 wird nach dem Wort „Geräte“ die Wortfolge „, sonstige Eingriffsgegenstände“ eingefügt.*
10. *§ 24 werden folgende Abs. 3 und 4 angefügt:*

„(3) Für die Verwaltungsübertretungen nach § 24 Abs. 1 Z. 1, 16 und 17 beträgt die Mindeststrafe 2.200 €.

(4) Von der Behörde für verfallen erklärte Gegenstände (ausgenommen Geld) sind nach Rechtskraft des Bescheides binnen Jahresfrist nachweislich zu vernichten.“

11. § 27 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Anhängige Verwaltungsstrafverfahren nach § 24 Abs. 1 sowie anhängige Verfahren nach § 24 Abs. 2 dieses Gesetzes sind vom Magistrat weiter zu führen.“

Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des Tages seiner Kundmachung in Kraft.

Der Landeshauptmann:

Der Landesamtsdirektor:

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

Bei der Vollziehung des Wiener Wettengesetzes wurde ein Änderungsbedarf in zwei Bereichen sichtbar. Zunächst sind Änderungen zur leichteren Vollziehung des Wiener Wettengesetzes sowohl in administrativen Verfahren als auch in Verfahren zur Setzung von Zwangsmaßnahmen erforderlich.

Darüber hinaus werden die Strafbestimmungen durch Einführung einer Mindeststrafe für die schwersten Verwaltungsübertretungen ergänzt. Die Höchststrafe nach dem Wiener Wettengesetz und dem Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (GTBW-G), StGBI. Nr. 388/1919, in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 26/2015, war zwar vom Betrag mit 21.000 € gleich hoch. Die Strafbestimmungen des Wiener Wettengesetzes erweisen sich aber gegenüber dem GTBW-G insgesamt als die strengere Strafnorm, da in § 24 Abs. 2 Wiener Wettengesetz der objektive Verfall von Gegenständen vorgesehen ist, die im Zusammenhang mit der Begehung einer Verwaltungsübertretung stehen. Der Verfall nach dem Wiener Wettengesetz kann daher unabhängig vom Verschulden einer an der Tat beteiligten Person ausgesprochen werden. Der objektive Verfall ist nach den im Verfassungsrang stehenden Bestimmungen der Art. 6 und 7 EMRK der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auch als „Strafe“ anzusehen (EGMR vom 9.2.1995, A-307, Welch gegen UK; Einziehung von Vermögen als Folge eines Delikts fällt unter den Begriff der „Strafe“). Somit erweist sich die Verfallsbestimmung des § 24 Abs. 2 Wiener Wettengesetz, wonach der Verfall unabhängig von einer Bestrafung ausgesprochen werden kann, als strenger als die Verfallsbestimmung in § 2 Abs. 4 GTBW-G, bei der ein Verfall als Nebenstrafe nur dann ausgesprochen werden kann, wenn es zum Nachweis des Verschuldens und zur Verhängung einer Geldstrafe als Hauptstrafe kommt. Um das mit den Taten mit dem höchsten Unrechtgehalt verbundene Übel zu unterstreichen, ist die Festsetzung einer Mindeststrafe erforderlich.

II. Besonderer Teil

Zu Art. I Z. 1 und 2 (§ 13 Abs. 3 und 4 sowie § 13 Abs. 2 bis 5):

In Betriebsstätten, in denen keine Wettannahmeschalter, sondern ausschließlich Wettterminals betrieben werden, haben Terminals zusätzliche gesetzliche Voraussetzungen zu erfüllen (Maximaleinsatz von € 50,- pro Wette; Benutzbarkeit ausschließlich durch Bargeld, nicht mittels Wertkarte). Künftig sollen auch diese Voraussetzungen im Bewilligungsverfahren sowie bei der Anzeige der Hinzunahme oder des Austausches eines Wettterminals durch ein technisches Gutachten einer Sachverständigen oder eines Sachverständigen oder einer in einem EWR Mitgliedsstaat akkreditierten Prüfstelle von der Antragstellerin oder dem Antragsteller nachgewiesen werden.

Zu Art. I Z. 3 (§ 22 Abs. 2):

Im Sinn des Prinzips der Verwaltungsökonomie sollen Verwaltungsstrafverfahren wegen Nichteinhalten von Bestimmungen des Wiener Wettengesetzes künftig vom Magistrat der Stadt Wien, der nach diesem Gesetz auch die Aufsicht über das Wettwesen auszuüben hat, durchgeführt werden.

Zu Art. I Z. 4 (§ 23 Abs. 1):

Derzeit ist den behördlichen Organen die Durchführung von Probewetten an Wettterminals ohne Leistung eines Entgelts und ohne Gewinn zu ermöglichen. Zur Beweiserhebung ist es jedoch erforderlich, dass die behördlichen Organe auch ohne Vorankündigung Wetten an einem Wettterminal durchführen, ohne sich vorher als behördliches Organ auszuweisen, damit die Beweisaufnahme nicht verhindert wird. Für diese Tätigkeit als „agent provocateur“ ist eine gesetzliche Grundlage erforderlich.

Zu Art. I Z. 5 und 9 (§ 23 Abs. 2 und § 24 Abs. 2):

Die Aufzählung der Gegenstände, die der Beschlagnahme unterliegen, soll jener der Gegenstände, die für verfallen erklärt werden können, angepasst werden.

Zu Art. I Z. 6 bis 8 (§ 23 Abs. 5 und § 23 Abs. 6):

Die Frist für das Erlassen schriftlicher Bescheide in Folge vorläufiger Beschlagnahmen von Wettterminals und sonstigen Gegenständen sowie Betriebsschließungen als faktische Amtshandlungen wird analog zur Gewerbeordnung mit einem Monat festgesetzt. Die bisherige Praxis hat gezeigt, dass im Zeitpunkt dieser Amtshandlungen häufig unklar ist, welche Person die Tätigkeit als Wettunternehmerin oder Wettunternehmer tatsächlich unbefugt ausübt bzw. wer Eigentümerin oder Eigentümer von vorläufig beschlagnahmten Wettterminals und sonstigen Gegenständen ist. Das Ausforschen dieser Personen und das Ermitteln von Zustelladressen erfordern einen erheblichen Zeitaufwand. In vielen Fällen handelt es sich um Personen mit Hauptwohnsitz bzw. Sitz außerhalb des Bundesgebietes. Eine Zustellung binnen drei Tagen ist daher in vielen Fällen nicht durchführbar.

Ebenso sollen die Regelungen über die Erlassung des Bescheides über eine Betriebsschließung analog zu bereits in der Rechtsordnung bewährten gesetzlichen Formulierungen angepasst werden (z.B. § 360 Gewerbeordnung).

Schließlich wird die Formulierung über die Beschwerde an das Verwaltungsgericht dem Text des § 39 Abs. 6 VStG angeglichen.

Zu Art. I Z. 10 (§ 24 Abs. 3 und 4):

Die einheitliche Höchststrafe für Übertretungen des Wiener Wettengesetzes richtet sich einerseits nach ähnlichen Bestimmungen im Glückspielgesetz und soll andererseits ausdrücken, dass alle Bestimmungen dieses Gesetzes für die Erreichung der Zwecke des Jugendschutzes und der Vermeidung von Spielsucht gleichwertig sind.

Es wird eine Mindeststrafe von 2.200 € für die Verwaltungsübertretungen nach dem Wiener Wettengesetz vorgesehen, bei denen der Unrechtsgehalt der Tat besonders hoch ist. Darüber hinaus werden die in der Judikatur des Verfassungsgerichtshofs für die Festlegung einer Mindeststrafe erkannten Umstände berücksichtigt (z.B. VfGH 14.12.2001, G181/01 ua). Demnach handelt es sich unter anderem um folgende Kriterien: Gewicht und Zielrichtung der im Einzelfall verletzten Vorschrift, konkrete Umstände, unter denen die Verwaltungsübertretung begangen wurde, sowie persönliche Verhältnisse der Person, welche die Verwaltungsübertretung begangen hat. Diese Kriterien liegen bei der Festlegung einer Mindeststrafe für die gegenständlichen Verwaltungsdelikte vor, da diese im Hinblick auf Schutzzwecke des Jugendschutzes und der Bekämpfung der Spielsucht normiert wurden, denen eine hohe Bedeutung zur Vermeidung von Missständen im gesellschaftlichen Leben zukommt. Überdies werden bei der Tätigkeit als Wettunternehmer oder Wettunternehmerin hohe wirtschaftliche Erträge erzielt sowie verfügen die Täter und Täterinnen über überdurchschnittlich hohe Einkommens- und Vermögensverhältnisse, sodass nur durch Verhängung einer empfindlichen Mindeststrafe bei den schwersten Delikten eine ausreichende spezial- und generalpräventive Wirkung erzielt werden kann. Bei den betroffenen Verwaltungsübertretungen handelt es sich um das bewilligungslose Ausüben, Zugänglichmachen oder Beteiligen der Tätigkeit als Wettunternehmerin oder Wettunternehmer (Z. 1); um die Ausübung oder die Ermöglichung der Teilnahme an verbotenen Wetten (Z. 16); sowie schließlich um die Duldung der Ausübung der Tätigkeit als Wettunternehmerin oder Wettunternehmer ohne Bewilligung in einem Betriebsraum oder einer Betriebsstätte (Z. 17). Für die schwersten Verwaltungsübertretungen nach dem Wiener Wettengesetz wird eine Mindeststrafe von 10 % der Höchststrafe eingeführt. Dieser Mindeststrafsatz erscheint im Hinblick auf die Judikatur des VfGH (z.B. zum AuslBG) als verfassungskonform.

Zu Art. I Z. 11 (§ 27 Abs. 5):

Diese Übergangsbestimmung ist im Hinblick auf die Übernahme der Zuständigkeit des Verwaltungsstrafverfahrens durch den Magistrat der Stadt Wien erforderlich.